



Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Stadtrates

**am 19.01.2023
im Sitzungssaal des Rathauses**

I. Tagesordnung

1. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung am 15.12.2022
2. Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 15.12.2022
3. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur und Tourismus vom 10.11.2022
4. Vorstellung und Billigung der Entwurfsplanung für die barrierefreien Laufwege in Greding
5. Ersatzbeschaffung eines Tanklöschfahrzeuges (TLF) für die Feuerwehr Greding
6. Bebauungsplan Nr. 61 der Stadt Greding für ein Sondergebiet Photovoltaikanlage "Landerzhofen I" in Landerzhofen - Aufstellungsbeschluss
7. Bebauungsplan Nr. 62 der Stadt Greding für ein Sondergebiet Photovoltaikanlage "Herrnsberg I" in Herrnsberg - Aufstellungsbeschluss
8. Bebauungsplan Nr. 63 der Stadt Greding für ein Sondergebiet Photovoltaikanlage "Grafenberg III" in Grafenberg - Aufstellungsbeschluss
9. Bebauungsplan Nr. 64 der Stadt Greding für ein Sondergebiet Photovoltaikanlage "Euerwang III" in Euerwang - Aufstellungsbeschluss
10. Bebauungsplan Nr. 65 der Stadt Greding für ein Sondergebiet Photovoltaikanlage "Großhöbing III" in Großhöbing - Aufstellungsbeschluss
11. Bebauungsplan Nr. 66 der Stadt Greding für ein Sondergebiet Photovoltaikanlage "Herrnsberg II" in Herrnsberg - Aufstellungsbeschluss
12. Bebauungsplan Nr. 67 der Stadt Greding für ein Sondergebiet Photovoltaikanlage "Herrnsberg III" in Herrnsberg - Aufstellungsbeschluss
13. Bauantrag auf Neubau eines Einfamilienhauses mit Einliegerwohnung in Röckenhofen
14. Bauantrag auf Anbau an ein bestehendes Wohnhaus in Großhöbing
15. Bauantrag auf Nutzungsänderung der Futterkammer und des Schweinestalls zu einem Büro in Obermässing
16. Information über die Behandlung eingegangener Bauanträge
17. Bestätigung der neu gewählten Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Obermässing
18. Mitteilungen und Anfragen

II. Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

Die 21 Mitglieder des Stadtrates wurden ordnungsgemäß geladen.

Mitglieder des Stadtrates	Anwesen-	Abwesen-	Bemerkung zur Anwesenheit
Zweiter Bürgermeister Oswald Brigl	X		
Dritter Bürgermeister Hermann Kratzer	X		
Maria Deinhard	X		
Josef Dintner	X		
Thomas Herrler	X		
Theodor Hiemer	X		
Elisabeth Holzmann	X		
Dr. Jürgen Metzner	X		bis 20.11 Uhr
Franz Miehl	X		
Michael Nagel	X		
Heike Nuber	X		
Marina Regensburger	X		
Johann Schmauser	X		
Thomas Schmidt	X		
Markus Schneider	X		
Michael Schneider	X		
Susanne Schneider	X		
Gert Sorgatz	X		
Barbara Thäder	X		
Thomas Weißfeld	X		

Zweiter Bürgermeister Brigl als Vorsitzender stellt fest, dass der Stadtrat beschlussfähig ist, da sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen und 20 Mitglieder anwesend und stimmberechtigt sind.

Ortssprecher	Anwesen-	Abwesen-	Abwesenheitsgrund
Franz Brigl	X		
Andreas Buchner	X		bis 21.41 Uhr
Max Dorner	X		
Roland Nuber	X		
Konrad Schlupf	X		
Johann Wolfsteiner	X		

Verwaltung	Funktion
Hiebinger Franz	Schriftführer
Katrin Hubner	Bauamt
Michael Pfeiffer	Geschäftsleiter

Sonstige Sachverständige bzw. sachkundige Personen, Presse

Andreas Lippert und Cornelia Ranft, Ingenieurbüro Lippert zu TOP 4
 2. Kommandant Thomas Mendl und 3. Kommandant Tobias Dienstbier zu TOP 5
 Volker Luff, Hilpoltsteiner Kurier

Anzahl der anwesenden Bürgerinnen und Bürger: 15

III. Öffentliche Bekanntgabe der Sitzung

Zeitpunkt und Ort der Sitzung wurden unter Angabe der Tagesordnung gemäß § 22 Abs. 3 Satz 1 der Geschäftsordnung für den Stadtrat bekannt gemacht.

IV. Verlauf der Sitzung, Besonderheiten

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

Die Sitzung ist öffentlich.

Eröffnung der Sitzung	Beendigung der Sitzung
19:30 Uhr	22:00 Uhr

Stadtrat Josef Dintner beantragt, den Tagesordnungspunkt 4 des nichtöffentlichen Teils im öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln.

Sitzungsleiter 2. Bürgermeister Oswald Brigl stellt die Nichtöffentlichkeit her. Die Besucher verlassen vollständig den Sitzungssaal.

Der Tagesordnungspunkt 4 aus dem nichtöffentlichen Teil wird erörtert. Es wird festgestellt, dass der Antrag auf Übernahme des Defizits des Kindergartens St. Martin nicht behandelt werden kann, da der Antragsteller keine Vertragspartei ist. Es besteht eine Vereinbarung zwischen dem Träger des Kindergartens und der Stadt Greding.

Sitzungsleiter Brigl stellt sodann die Öffentlichkeit der Sitzung wieder her.

Stadtrat Josef Dintner stellt sodann den Antrag, die Tagesordnungspunkte 6 bis 12 des öffentlichen Teils der Sitzung zurückzustellen, da vor den Aufstellungsbeschlüssen die Öffentlichkeit einzubeziehen sei, indem die geplanten Standorte im Rahmen von Bürgerversammlungen vorgestellt werden.

Der Antrag wurde durch Beschluss mit einem Abstimmungsergebnis von 9:11 abgelehnt.

V. Behandlung der Tagesordnungspunkte

TOP 1.	Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung am 15.12.2022
---------------	---

Sachverhalt:

Nach den Regeln der Geschäftsordnung (§ 26 Abs. 2 Satz 3 i.V.m. § 33 Abs. 4) ist die Niederschrift der vorangegangenen Sitzung zu genehmigen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 18:0

Der Stadtrat genehmigt die Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 15.12.2022.

Dritter Bürgermeister Kratzer war zum Zeitpunkt der Beratung und Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

TOP 2.	Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 15.12.2022
---------------	--

Sachverhalt:

Der Vorsitzende gibt die in nichtöffentlicher Sitzung vom 15.12.2022 gefassten Beschlüsse, bei denen die Gründe der Geheimhaltung weggefallen sind, der Öffentlichkeit bekannt:

TOP 1 Abwasseranlage der Stadt Greding, Kläranlage Großhöbing, Abdichtung des belüfteten Abwasserteichs

Der Stadtrat beauftragt die wenigstnehmende Firma Fritz Kreichauf GmbH & Co. KG, Thalmässing, mit den Arbeiten zur Abdichtung des Teich 2 und der Rohranbindungen an Schächten in der Kläranlage Großhöbing auf Grundlage des vorliegenden Angebotes in Höhe von 42.931,04 Euro (brutto).

TOP 3.	Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur und Tourismus vom 10.11.2022
---------------	---

Sachverhalt:

Nach den Regeln der Geschäftsordnung (§ 26 Abs. 2 Satz 3 i.V.m. § 33 Abs. 4) ist die Niederschrift der vorangegangenen Sitzung zu genehmigen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 19:0

Der Stadtrat genehmigt die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur und Tourismus vom 10.11.2022.

TOP 4.	Vorstellung und Billigung der Entwurfsplanung für die barrierefreien Laufwege in Greding
---------------	---

Sachverhalt:

Für die Umsetzung der Altstadtanierung sollen die barrierefreien Laufwege in der Altstadt weitergeführt werden. Herr Andreas Lippert vom Büro Lippert Ingenieure, wird in der Sitzung anwesend sein und die Planung zur Weiterführung der barrierefreien Laufwege am Fürstentor, am Eichstätter Tor und zum öffentlichen WC dem Stadtrat vorstellen.

Diskussionsverlauf:

Frau Cornelia Ranft und Herr Andreas Lippert vom Ingenieurbüro Lippert stellen die Planung zur Weiterführung der barrierefreien Laufwege am Fürstentor, am Eichstätter Tor und zum öffentlichen WC dem Stadtrat vor. Der Vorschlag aus dem Stadtrat, eine Weiterführung vom öffentlichen WC am Rathaus bis zur Jakobus-Kirche in die Planung mit einzubeziehen, wird vom Büro Lippert geprüft.

Stadtrat Josef Dintner und Theodor Hiemer sprechen sich gegen die vorgestellte Planung aufgrund unzufriedenstellender Ausführung der bisherigen Laufweggestaltung am Marktplatz aus. Stadtrat Hiemer forderte, den Fußgängerbelag jeweils bis zur Hauskante auszuführen.

Stadträtin Thäder wollte wissen, ob der Kanal in der Bahnhofstraße befahren sei und ob hier Handlungsbedarf wäre.

Geschäftsleiter Pfeiffer erwiderte, dass der Kanal in der Bahnhofstraße in der Straße und nicht im Gehweg laufe.

Stadträtin Schneider hat Bedenken, dass durch die Laufwege Parkplätze vor der Metzgerei Greiner wegfallen könnten.

Zweiter Bürgermeister Brigl erläuterte, dass die Planung mit der Metzgerei Greiner abgestimmt sei und aus diesem Grund nur auf einer Seite ein Laufweg errichtet werde.

Stadträtin Holzmann betonte, dass die Laufwege gerade bei der älteren Generation sehr gelobt würden.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 14:5

Der Stadtrat billigt die Planung für die barrierefreien Laufwege in der Altstadt von Greding und beauftragt die Verwaltung mit den weiteren Schritten für die Ausschreibung.

TOP 5.	Ersatzbeschaffung eines Tanklöschfahrzeuges (TLF) für die Feuerwehr Greding
---------------	--

Sachverhalt:

Bereits in der Stadtratssitzung vom 21.10.2021 hat die Feuerwehr Greding über die anstehende Ersatzbeschaffung eines Tanklöschfahrzeuges berichtet. Der Stadtrat hat in dieser Sitzung die Ersatzbeschaffung eines Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeuges für den Rüstwagen und das Löschgruppenfahrzeug beschlossen.

Der Beschluss zur Ersatzbeschaffung eines TLF wurde zurück gestellt und soll in dieser Sitzung gefasst werden. Vertreter der Feuerwehr Greding werden zur Sitzung anwesend sein und die Notwendigkeit der Ersatzbeschaffung erläutern.

Diskussionsverlauf:

Stellvertretender Kommandant Thomas Mendl erläutert dem Stadtrat die Notwendigkeit sowie Art, Umfang und voraussichtliche Kosten der Ersatzbeschaffung.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 19:0

Der Stadtrat stimmt der Ersatzbeschaffung eines Tanklöschfahrzeuges (TLF) für die Freiwillige Feuerwehr Greding zu und beauftragt die Verwaltung die weiteren Schritte (Ausschreibung) durchzuführen.

TOP 6.	Bebauungsplan Nr. 61 der Stadt Greding für ein Sondergebiet Photovoltaikanlage "Landerzhofen I" in Landerzhofen - Aufstellungsbeschluss
---------------	--

Sachverhalt:

Die Fa. Anumar beantragt die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes für die Grundstücke Flur-Nr. 106, 114, und 116 in der Gemarkung Landerzhofen zur Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage.

Die Gesamtfläche beträgt rund 6,7 ha.

Die Grundstücke sind laut Flächennutzungsplan teilweise als landwirtschaftliche Fläche und Fläche für Dauergrünland in Talräumen und Hangbereichen dargestellt. Die Änderung des Flächennutzungsplanes soll im Parallelverfahren durchgeführt werden.

Hierzu kann ein vorhabenbezogener Bebauungsplan gemäß § 12 Absatz 1 des Baugesetzbuches (BauGB) aufgestellt werden. Der Antragsteller muss die Bereitschaft zur Tragung der Planungs- und Erschließungskosten durch Unterzeichnung eines Durchführungsvertrages erklären.

Der Bau- und Umweltausschuss hat in seiner Sitzung vom 12.01.2023 die Fläche vor Ort besichtigt und anschließend den Standort nach den Kriterien des Leitbilds für die Behandlung von Freiflächen PV-Anlagen beurteilt.

Der Bau- und Umweltausschuss hat folgende Bedenken zum Standort:

- Nach dem Leitbild sind größere zusammenhängende Anlagen einer Vielzahl von kleineren Anlagen vorzuziehen.
- Nach dem Leitbild ist auf eine möglichst geringe Einsehbarkeit der Anlage zu achten und möglichst in eine vorhandene Umgebung einzubeziehen (z.B. angrenzende Waldflächen, Hecken etc.).
- Laut Leitbild müssen die Anlagen mindestens 300 m von einer angrenzenden Wohnbebauung entfernt sein. Die Fläche ist 440 m vom Ort entfernt.

Diskussionsverlauf:

Stadtrat Josef Dintner wendet gegen den Standort ein, dass die Einsehbarkeit zu groß ist und sich eine Anlage an dem Standort nicht in die vorhandene Umgebung einfügt.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 13:6

Der Stadtrat beschließt die Aufstellung eines qualifizierten Bebauungsplanes als vorhabenbezogenen Bebauungsplan im Bereich der Grundstücke Flur-Nr. 106, 114 und 166 in Landerzhofen zur Errichtung einer Photovoltaikanlage.

Die für die Nutzung vorgesehenen Flächen werden als "Sondergebiet Photovoltaikanlage Landerzhofen I", Bebauungsplan Nr. 61, dargestellt.

Die festgesetzten Flächen sollen der Erzeugung von Strom mittels Photovoltaikanlagen dienen.

Der Bebauungsplan wird als Interimsbepauungsplan gemäß § 9 Abs. 2 BauGB festgesetzt. Als Folgenutzung wird eine landwirtschaftliche Nutzung vorgesehen.

Die Verwaltung wird ermächtigt, mit dem Antragsteller einen Durchführungsvertrag gemäß § 12 Absatz 1 des Baugesetzbuches abzuschließen.

TOP 7.	Bebauungsplan Nr. 62 der Stadt Greding für ein Sondergebiet Photovoltaikanlage "Herrnsberg I" in Herrnsberg - Aufstellungsbeschluss
---------------	--

Sachverhalt:

Die Fa. Südwerk Projektgesellschaft beantragt die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes für die Grundstücke Flur-Nr. 321 und 331 in der Gemarkung Herrnsberg zur Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage.

Die Gesamtfläche beträgt rund 16 ha.

Die Grundstücke sind laut Flächennutzungsplan als landwirtschaftliche Fläche dargestellt. Die Änderung des Flächennutzungsplanes soll im Parallelverfahren durchgeführt werden.

Hierzu kann ein vorhabenbezogener Bebauungsplan gemäß § 12 Absatz 1 des Baugesetzbuches (BauGB) aufgestellt werden. Der Antragsteller muss die Bereitschaft zur Tragung der Planungs- und Erschließungskosten durch Unterzeichnung eines Durchführungsvertrages erklären.

Der Bau- und Umweltausschuss hat in seiner Sitzung vom 12.01.2023 die Fläche vor Ort besichtigt und anschließend den Standort nach den Kriterien des Leitbilds für die Behandlung von Freiflächen PV-Anlagen beurteilt.

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt die Einleitung eines Bauleitplanverfahrens.

Diskussionsverlauf:

Stadtrat Josef Dintner wendet ein, dass der Standort die Kriterien des Leitbilds nicht einhält, was die Einsehbarkeit, den Flächenverbrauch und das Einfügen in die vorhandene Umgebung betrifft.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 13:6

Der Stadtrat beschließt die Aufstellung eines qualifizierten Bebauungsplanes als vorhabenbezogenen Bebauungsplan im Bereich der Grundstücke Flur-Nr. 321 und 331 in Herrnsberg zur Errichtung einer Photovoltaikanlage.

Die für die Nutzung vorgesehenen Flächen werden als "Sondergebiet Photovoltaikanlage Herrnsberg I", Bebauungsplan Nr. 62, dargestellt.

Die festgesetzten Flächen sollen der Erzeugung von Strom mittels Photovoltaikanlagen dienen.

Der Bebauungsplan wird als Interimsbepauungsplan gemäß § 9 Abs. 2 BauGB festgesetzt. Als Folgennutzung wird eine landwirtschaftliche Nutzung vorgesehen.

Die Verwaltung wird ermächtigt, mit dem Antragsteller einen Durchführungsvertrag gemäß § 12 Absatz 1 des Baugesetzbuches abzuschließen.

TOP 8.	Bebauungsplan Nr. 63 der Stadt Greding für ein Sondergebiet Photovoltaikanlage "Grafenberg III" in Grafenberg - Aufstellungsbeschluss
---------------	--

Sachverhalt:

Die Fa. GP JOULE GmbH beantragt die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes für das Grundstück Flur-Nr. 272 in der Gemarkung Grafenberg zur Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage.

Die Gesamtfläche beträgt rund 9,20 ha.

Das Grundstück ist laut Flächennutzungsplan als landwirtschaftliche Fläche dargestellt. Die Änderung des Flächennutzungsplanes soll im Parallelverfahren durchgeführt werden.

Hierzu kann ein vorhabenbezogener Bebauungsplan gemäß § 12 Absatz 1 des Baugesetzbuches (BauGB) aufgestellt werden. Der Antragsteller muss die Bereitschaft zur Tragung der Planungs- und Erschließungskosten durch Unterzeichnung eines Durchführungsvertrages erklären.

Der Bau- und Umweltausschuss hat in seiner Sitzung vom 12.01.2023 die Fläche vor Ort besichtigt und anschließend den Standort nach den Kriterien des Leitbilds für die Behandlung von Freiflächen PV-Anlagen beurteilt.

Der Bau- und Umweltausschuss hat folgende Bedenken zum Standort:

- Nach dem Leitbild ist eine angemessene Relation zwischen Anlagengröße und Gemarkungsgröße anzustreben.
- Nach dem Leitbild ist auf eine möglichst geringe Einsehbarkeit der Anlage zu achten und möglichst in eine vorhandene Umgebung einzubeziehen (z.B. angrenzende Waldflächen, Hecken etc.)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 3:16

Der Stadtrat beschließt die Aufstellung eines qualifizierten Bebauungsplanes als vorhabenbezogenen Bebauungsplan im Bereich des Grundstückes Flur-Nr. 272 in Grafenberg zur Errichtung einer Photovoltaikanlage.

Die für die Nutzung vorgesehene Fläche wird als "Sondergebiet Photovoltaikanlage Grafenberg III", Bebauungsplan Nr. 63, dargestellt.

Die festgesetzte Fläche soll der Erzeugung von Strom mittels Photovoltaikanlagen dienen.

Der Bebauungsplan wird als Interimsbebauungsplan gemäß § 9 Abs. 2 BauGB festgesetzt. Als Folgenutzung wird eine landwirtschaftliche Nutzung vorgesehen.

Die Verwaltung wird ermächtigt, mit dem Antragsteller einen Durchführungsvertrag gemäß § 12 Absatz 1 des Baugesetzbuches abzuschließen.

TOP 9.	Bebauungsplan Nr. 64 der Stadt Greding für ein Sondergebiet Photovoltaikanlage "Euerwang III" in Euerwang - Aufstellungsbeschluss
---------------	--

Sachverhalt:

Die Fa. GP JOLUE GmbH beantragt die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes für die Grundstücke Flur-Nr. 104, 105, und 112 in der Gemarkung Euerwang zur Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage.

Die Gesamtfläche beträgt rund 7,5 ha.

Die Grundstücke sind laut Flächennutzungsplan als landwirtschaftliche Fläche dargestellt. Die Änderung des Flächennutzungsplanes soll im Parallelverfahren durchgeführt werden.

Hierzu kann ein vorhabenbezogener Bebauungsplan gemäß § 12 Absatz 1 des Baugesetzbuches (BauGB) aufgestellt werden. Der Antragsteller muss die Bereitschaft zur Tragung der Planungs- und Erschließungskosten durch Unterzeichnung eines Durchführungsvertrages erklären.

Der Bau- und Umweltausschuss hat in seiner Sitzung vom 12.01.2023 die Fläche vor Ort besichtigt und anschließend den Standort nach den Kriterien des Leitbilds für die Behandlung von Freiflächen PV-Anlagen beurteilt.

Der Bau- und Umweltausschuss hat folgende Bedenken zum Standort:

- Nach dem Leitbild sind größere zusammenhängende Anlagen einer Vielzahl von kleineren Anlagen vorzuziehen.

Diskussionsverlauf:

Stadtrat Schmauser sprach sich gegen den Standort für eine Photovoltaikanlage aus und war der Meinung, dass in Euerwang Richtung Heimbach alternative Flächen vorhanden wären, die besser geeignet seien.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 0:19

Der Stadtrat beschließt die Aufstellung eines qualifizierten Bebauungsplanes als vorhabenbezogenen Bebauungsplan im Bereich der Grundstücke Flur-Nr. 104, 105 und 112 in Euerwang zur Errichtung einer Photovoltaikanlage.

Die für die Nutzung vorgesehenen Flächen werden als "Sondergebiet Photovoltaikanlage Euerwang III", Bebauungsplan Nr. 64, dargestellt.

Die festgesetzten Flächen sollen der Erzeugung von Strom mittels Photovoltaikanlagen dienen.

Der Bebauungsplan wird als Interimsbebauungsplan gemäß § 9 Abs. 2 BauGB festgesetzt. Als Folgennutzung wird eine landwirtschaftliche Nutzung vorgesehen.

Die Verwaltung wird ermächtigt, mit dem Antragsteller einen Durchführungsvertrag gemäß § 12 Absatz 1 des Baugesetzbuches abzuschließen.

TOP 10.	Bebauungsplan Nr. 65 der Stadt Greding für ein Sondergebiet Photovoltaikanlage "Großhöbing III" in Großhöbing - Aufstellungsbeschluss
----------------	--

Sachverhalt:

Die Fa. Anumar beantragt die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes für die Grundstücke, Flur-Nr. 995, 996, 997, 998 und 1001 in der Gemarkung Großhöbing zur Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage.

Die Gesamtfläche beträgt rund 10,8 ha.

Die Grundstücke sind laut Flächennutzungsplan als landwirtschaftliche Fläche dargestellt. Die Änderung des Flächennutzungsplanes soll im Parallelverfahren durchgeführt werden.

Hierzu kann ein vorhabenbezogener Bebauungsplan gemäß § 12 Absatz 1 des Baugesetzbuches (BauGB) aufgestellt werden. Der Antragsteller muss die Bereitschaft zur Tragung der Planungs- und Erschließungskosten durch Unterzeichnung eines Durchführungsvertrages erklären.

Der Bau- und Umweltausschuss hat in seiner Sitzung vom 12.01.2023 die Fläche vor Ort besichtigt und anschließend den Standort nach den Kriterien des Leitbilds für die Behandlung von Freiflächen PV-Anlagen beurteilt.

Der Bau- und Umweltausschuss hat folgende Bedenken zum Standort:

- Entspricht nicht dem Leitbild und ist als nicht geeignete Fläche im Kataster dargestellt, da der Geltungsbereich sich in der Schutzzone des Naturpark Altmühltals befindet.

Hinweis:

In der Bau- und Umweltausschusssitzung wurde die Aussage vom Bauamt getroffen, dass die angrenzende Photovoltaikanlage sich auch im Landschaftsschutzgebiet „Schutzzone Naturpark Altmühltal“ befindet.

Diese Aussage war falsch.

Die bestehende Photovoltaikanlage befindet sich nicht in der Schutzzone.

Diskussionsverlauf:

Zweiter Bürgermeister Brigl betonte, dass eine mögliche Zustimmung zu dieser Anlage kein „Freibrief“ für weitere Anlagen in der Schutzzone des Naturparks Altmühltal sei.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 13:6

Der Stadtrat beschließt die Aufstellung eines qualifizierten Bebauungsplanes als vorhabenbezogenen Bebauungsplan im Bereich der Grundstücke Flur-Nr. 995,996, 997, 998 und 1001 in Großhöbing zur Errichtung einer Photovoltaikanlage.

Die für die Nutzung vorgesehenen Flächen werden als "Sondergebiet Photovoltaikanlage Großhöbing III", Bebauungsplan Nr. 65, dargestellt.

Die festgesetzten Flächen sollen der Erzeugung von Strom mittels Photovoltaikanlagen dienen.

Der Bebauungsplan wird als Interimsbepauungsplan gemäß § 9 Abs. 2 BauGB festgesetzt. Als Folgennutzung wird eine landwirtschaftliche Nutzung vorgesehen.

Die Verwaltung wird ermächtigt, mit dem Antragsteller einen Durchführungsvertrag gemäß § 12 Absatz 1 des Baugesetzbuches abzuschließen.

TOP 11.	Bebauungsplan Nr. 66 der Stadt Greding für ein Sondergebiet Photovoltaikanlage "Herrnsberg II" in Herrnsberg - Aufstellungsbeschluss
----------------	---

Sachverhalt:

Die BBV LandSiedlung GmbH beantragt die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes für die Grundstücke, Flur-Nr. 174, 176 und 177 in der Gemarkung Herrnsberg zur Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage.

Die Gesamtfläche beträgt rund 18 ha.

Die Grundstücke sind laut Flächennutzungsplan als landwirtschaftliche Fläche dargestellt und befinden sich im Bereich "Sonderfläche für Windkraftanlagen (WK 2)". Die Änderung des Flächennutzungsplanes soll im Parallelverfahren durchgeführt werden.

Hierzu kann ein vorhabenbezogener Bebauungsplan gemäß § 12 Absatz 1 des Baugesetzbuches (BauGB) aufgestellt werden. Der Antragsteller muss die Bereitschaft zur Tragung der Planungs- und Erschließungskosten durch Unterzeichnung eines Durchführungsvertrages erklären.

Der Bau- und Umweltausschuss hat in seiner Sitzung vom 12.01.2023 die Fläche vor Ort besichtigt und anschließend den Standort nach den Kriterien des Leitbilds für die Behandlung von Freiflächen PV-Anlagen beurteilt.

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt die Einleitung eines Bauleitplanverfahrens möchte aber noch die Information, warum eine Teilfläche im Kataster als nicht geeignet dargestellt ist.

Hinweis:

- Teilflächen sind im Kataster als nicht geeignete Flächen dargestellt, da sich die Flächen teilweise in Überschwemmungsgebieten und Wassersensible Bereiche befindet (siehe Lageplan Kataster 2_Herrnsberg)

Diskussionsverlauf:

Stadtrat Thomas Herrler spricht sich gegen den Standort aus.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 0:19

Der Stadtrat beschließt die Aufstellung eines qualifizierten Bebauungsplanes als vorhabenbezogenen Bebauungsplan im Bereich der Grundstücke Flur-Nr. 174,176 und 177 in Herrnsberg zur Errichtung einer Photovoltaikanlage.

Die für die Nutzung vorgesehenen Flächen werden als "Sondergebiet Photovoltaikanlage Herrnsberg II", Bebauungsplan Nr. 66, dargestellt.

Die festgesetzten Flächen sollen der Erzeugung von Strom mittels Photovoltaikanlagen dienen.

Der Bebauungsplan wird als Interimsbepauungsplan gemäß § 9 Abs. 2 BauGB festgesetzt. Als Folgenutzung wird eine landwirtschaftliche Nutzung vorgesehen.

Die Verwaltung wird ermächtigt, mit dem Antragsteller einen Durchführungsvertrag gemäß § 12 Absatz 1 des Baugesetzbuches abzuschließen.

TOP 12.	Bebauungsplan Nr. 67 der Stadt Greding für ein Sondergebiet Photovoltaikanlage "Herrnsberg III" in Herrnsberg - Aufstellungsbeschluss
----------------	--

Sachverhalt:

Peter Hackner beantragt die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes für die Grundstücke Flur-Nr. 197 in der Gemarkung Herrnsberg zur Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage.

Die Gesamtfläche beträgt rund 11,4 ha.

Das Grundstück ist laut Flächennutzungsplan als landwirtschaftliche Fläche dargestellt. Die Änderung des Flächennutzungsplanes soll im Parallelverfahren durchgeführt werden.

Hierzu kann ein vorhabenbezogener Bebauungsplan gemäß § 12 Absatz 1 des Baugesetzbuches (BauGB) aufgestellt werden. Der Antragsteller muss die Bereitschaft zur Tragung der Planungs- und Erschließungskosten durch Unterzeichnung eines Durchführungsvertrages erklären.

Der Bau- und Umweltausschuss hat in seiner Sitzung vom 12.01.2023 die Fläche vor Ort besichtigt und anschließend den Standort nach den Kriterien des Leitbilds für die Behandlung von Freiflächen PV-Anlagen beurteilt.

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt die Einleitung eines Bauleitplanverfahrens, möchte aber noch die Information, warum eine Teilfläche im Kataster als nicht geeignet dargestellt ist.

Hinweis:

- Teilflächen sind im Kataster als nicht geeignete Flächen dargestellt, da sich die Flächen teilweise in Überschwemmungsgebieten und Wassersensible Bereiche befindet (siehe Lageplan Kataster 2_Herrnsberg)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 0:19

Der Stadtrat beschließt die Aufstellung eines qualifizierten Bebauungsplanes als vorhabenbezogenen Bebauungsplan im Bereich des Grundstückes Flur-Nr. 197 in Herrnsberg zur Errichtung einer Photovoltaikanlage.

Die für die Nutzung vorgesehene Fläche wird als "Sondergebiet Photovoltaikanlage Herrnsberg III", Bebauungsplan Nr. 67, dargestellt.

Die festgesetzte Fläche soll der Erzeugung von Strom mittels Photovoltaikanlagen dienen.

Der Bebauungsplan wird als Interimsbebauungsplan gemäß § 9 Abs. 2 BauGB festgesetzt. Als Folgenutzung wird eine landwirtschaftliche Nutzung vorgesehen.

Die Verwaltung wird ermächtigt, mit dem Antragsteller einen Durchführungsvertrag gemäß § 12 Absatz 1 des Baugesetzbuches abzuschließen.

TOP 13.	Bauantrag auf Neubau eines Einfamilienhauses mit Einliegerwohnung in Röckenhofen
----------------	---

Sachverhalt:

Für das Grundstück "Zum Spitzgarten 1", Flur-Nr. 349 in Röckenhofen wurde ein Bauantrag auf Neubau eines Einfamilienhauses mit Einliegerwohnung eingereicht

Das Grundstück ist bereits mit einem Wohnhaus und landwirtschaftlichen Nebengebäuden bebaut.

Der Neubau umfasst zwei getrennte Wohneinheiten.

Um das Vorhaben realisieren zu können, soll das bestehende Wohnhaus bis auf das Untergeschoss abgerissen werden.

Das mit zwei Vollgeschossen geplante Wohngebäude (EG + OG) ist mit einer Grundabmessung von 15,70 m x 10,60 m geplant. Die Wandhöhe beträgt rund 6,50 m. Der First befindet sich in einer Höhe von rund 8,80 m. Abschließen soll das Gebäude mit einem Walmdach, Dachneigung 23 Grad. Die Dacheindeckung ist mit anthrazitfarbenen Dachziegeln geplant.

Es werden 4 Stellplätze am Grundstück nachgewiesen.

Das Grundstück ist laut Flächennutzungsplan als dörfliches Mischgebiet gekennzeichnet. Ein Bebauungsplan existiert nicht. Die Fläche befindet sich innerhalb einer bebauten Ortschaft. Eine Bebauung ist deshalb nach § 34 BauGB möglich.

Die Erschließung ist durch die bereits vorhandene Bebauung sichergestellt.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 19:0

Der Stadtrat erteilt dem Bauantrag auf Neubau eines Einfamilienhauses mit Einliegerwohnung in Röckenhofen das gemeindliche Einvernehmen.

TOP 14.	Bauantrag auf Anbau an ein bestehendes Wohnhaus in Großhöbing
----------------	--

Sachverhalt:

Für das Grundstück "Pfarrweg 5", Flur-Nr. 11 in Großhöbing wurde ein Bauantrag auf Anbau an das bestehende Wohnhaus eingereicht.

Das Grundstück ist bereits mit einem Wohnhaus mit Einzelgarage und Nebengebäuden bebaut.

Durch den Anbau werden die Wohnräume am bestehenden Gebäude erweitert. Am Bestandsgebäude werden keine Änderungen an der Kubatur vorgenommen. Lediglich kleinere Umbauten und die Verbindung zum Anbau sind geplant.

An das bestehende Wohnhaus soll an der südöstlichen Gebäudeseite ein versetzter Anbau mit einer Grundabmessung von rund 7,00 m x 6,00 m errichtet werden. Der Neubau (KG, EG und DG) soll mit einem Satteldach, Dachneigung 45 Grad, abschließen und wie das bestehende Wohnhaus mit roten Dachziegeln eingedeckt werden. Der First befindet sich in eine Höhe von rund 7,20 m.

Das Grundstück ist laut Flächennutzungsplan als dörfliches Mischgebiet gekennzeichnet. Ein Bebauungsplan existiert nicht. Die Fläche befindet sich innerhalb einer bebauten Ortschaft. Eine Bebauung ist deshalb nach § 34 BauGB möglich.

Die Erschließung ist durch die bereits vorhandene Bebauung sichergestellt.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 18:0

Der Stadtrat erteilt dem Bauantrag auf Anbau an das bestehende Wohnhaus in Großhöbing das gemeindliche Einvernehmen.

Stadtrat Dintner war zum Zeitpunkt der Beratung und Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

TOP 15.	Bauantrag auf Nutzungsänderung der Futterkammer und des Schweinestalls zu einem Büro in Obermässing
----------------	--

Sachverhalt:

Für das Grundstück "Österberger Straße 10", Flur-Nr. 70 in Obermässing wurde ein Bauantrag auf Nutzungsänderung der Futterkammer und des Schweinestalls zu einem Büro eingereicht.

Das Grundstück ist bereits mit einem Wohnhaus, Nebengebäuden und landwirtschaftlichen Gebäuden bebaut.

Die ehemalige Futterkammer und der Schweinestall an der südwestlichen Grundstücksgrenze sollen einer neuen Nutzung zugeführt werden.

Das Gebäude bleibt in seiner Grundkubatur bestehen. Es soll ein Büro mit Küche und WC eingebaut werden. Der angrenzende Raum und das Dachgeschoss werden nicht genutzt.

An der südlichen Dachfläche sind drei Dachgauben mit einer Breite von je 1,80 m geplant. Die Dachgauben schließen mit einem Satteldach ab.

Laut Baubeschreibung soll das ehemals landwirtschaftlich genutzte Gebäude zu Büroräumen umgenutzt werden.

Durch die Nutzungsänderung ist das Gebäude nach § 6 BayBO abstandsflächenpflichtig. Eine Abstandsflächenübernahme durch den Nachbarn liegt vor.

Das Grundstück ist laut Flächennutzungsplan als Mischgebiet gekennzeichnet. Ein Bebauungsplan existiert nicht. Die Fläche befindet sich innerhalb einer bebauten Ortschaft. Eine Bebauung ist deshalb nach § 34 BauGB möglich.

Die Erschließung ist durch die bereits vorhandene Bebauung sichergestellt.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 18:0

Der Stadtrat erteilt dem Bauantrag auf Nutzungsänderung der Futterkammer und des Schweinestalls zu einem Büro in Obermässing das gemeindliche Einvernehmen.

TOP 16. Information über die Behandlung eingegangener Bauanträge

Sachverhalt:

Der Stadtrat wird über folgende Bauanträge, wozu durch die Verwaltung das gemeindliche Einvernehmen erteilt wurde, in Kenntnis gesetzt:

- Bauantrag auf Errichtung eines Einfamilienwohnhauses mit Doppelgarage in Greding
- Bauantrag auf Errichtung eines Einfamilienwohnhauses mit Garage in Greding
- Bauantrag auf Umbau des bestehenden Schweinestalls zu einer Garage in Herrnsberg
- Bauantrag auf Errichtung eines überdachten Freisitzes in Obermässing
- Bauantrag auf Errichtung eines Zweifamilienhauses mit Carport und Schuppen in Attenhofen
- Bauantrag auf Errichtung eines Einfamilienwohnhauses mit Doppelgarage in Kaising

TOP 17. Bestätigung der neu gewählten Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Obermässing

Sachverhalt:

Bei der Freiwilligen Feuerwehr Obermässing fanden am 19.11.2022 Neuwahlen statt. Dabei wurde Herr Fabian Kirschner, Obermässing, Hagenbucher Straße 18, zum neuen Kommandanten gewählt. Herr Andreas Gehr, Obermässing, Angergärten 34, ist zum neuen stellvertretenden Kommandanten gewählt worden.

Die Gemeinde hat die Gewählten gem. Art. 8 Abs. 4 Satz 1 und Abs. 5 des Bayer. Feuerwegesetzes (BayFwG) im Einvernehmen mit dem Kreisbrandrat zu bestätigen. Hierzu ist die Zustimmung des Stadtrates notwendig.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 18:0

Der Stadtrat bestätigt Herrn Fabian Kirschner als Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Obermässing sowie Herrn Andreas Gehr als stellvertretenden Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Obermässing.

Stadträtin Regensburger war zum Zeitpunkt der Beratung und Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

TOP 18. Mitteilungen und Anfragen

Sachverhalt:

Einleitungsvereinbarung Mettendorf

Mit Schreiben vom 21.12.2022 hat das Amt für Ländliche Entwicklung Mittelfranken mitgeteilt, dass die Voraussetzungen für die Einleitung einer Einfachen Dorferneuerung für Mettendorf gegeben sind.

Erstellung eines Energienutzungsplanes zur Entwicklung einer Wasserstoffinfrastruktur am Umspannwerk in Großhöbing

Mit Schreiben vom 19.12.2022 hat die Stadt Greding für das genannte Projekt einen Zuwendungsbescheid erhalten. Der Förderanteil beträgt 70 % an den zuwendungsfähigen Kosten in Höhe von 62.832,-- Euro und damit 43.900,-- Euro.

Arbeitskreis Kindergartenbeiträge

Stadträtin Barbara Thäder wünscht aufgrund der aktuellen Diskussion über die Kindergartenbeiträge für den Kindergarten St. Martin in Greding die Einberufung des Arbeitskreises „Kindergartenbeiträge“.

Gemeinschaftshaus Mettendorf – Arbeitskreis Bau

Stadtrat Josef Dintner beantragt, für die Planung des Gemeinschaftshauses in Mettendorf den Arbeitskreis „Bau“ einzuberufen.

Glasfaserausbau in Greding

Auf Anfrage von Stadtrat Schmidt teilte Zweiter Bürgermeister Brigl mit, dass der Glasfaserausbau in Greding jetzt ab März 2023 geplant sei.

Greding, 16.02.2023

Vorsitzender:

Schriftführer:

Oswald Brigl
Zweiter Bürgermeister

Hiebinger Franz